

Bezugspreis: Vierteljahr 1,20 Mk., monatlich 2,00 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen... 10 Pfennig

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 18. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die ersten Lebensmittel zur Verfügung.

Amsterdam, 18. 3. Einer Neutermelung aus Paris zufolge sind im Hinblick auf die Lieferung der ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland von den verschiedenen alliierten Regierungen als sofort lieferbar angegeben worden: Von der britischen Regierung 30 000 Tonnen Speck, 10 000 Tonnen kondensierte Milch, 20 000 Tonnen Pflanzenöl, 2 000 Tonnen Margarine, 2 000 Tonnen Bratenfett, 35 000 Tonnen Reis, 50 000 Tonnen Mangoo-Bohnen, 15 000 Tonnen Hafermehl, 10 000 Tonnen Gersten- und Roggenmehl; von der französischen Regierung Kabeljau, Manioka-Mehl und 50 000 Tonnen Palmkerne, die schätzungsweise 15 000 Tonnen Palmöl enthalten; von Voreußen der amerikanischen Korngesellschaft in Europa 40 000 Weizenmehl, 20 000 Tonnen andere Mehlarten und 30 000 Tonnen Roggen.

Rotterdam, 18. 3. Neue Rotterdamische Courant zufolge wird die erste Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in Höhe von 300 000 Tonnen innerhalb 20 Tagen geliefert und von Rotterdam aus verschifft werden.

Die Verwendung der deutschen Handelsflotte.

Paris, 17. März. Havas. In einer halbamtlichen Note wird die Verwendung der deutschen Handelsflotte genauer festgelegt. Es handelt sich nicht um eine Verteilung der Flotte, sondern um die Verantwortung für die Verwaltung der Schiffe, bis durch den Friedensvertrag die endgültige Bestimmung der Schiffe geregelt sein wird. Der vorläufige Charakter der Mission jeder der alliierten Regierungen wird durch die interalliierte Flotte belegt, unter der alle Schiffe fahren werden. Frankreich wird die Verantwortung für den Betrieb von 600 000 Tonnen Frachtdampfer und 75 000 bis 100 000 Tonnen Transozeandampfer übernehmen. Der Rest wird halb und halb von England und den Vereinigten Staaten in Betrieb genommen werden und der Seemilitärstütze der amerikanischen und australischen Truppen dienen. Die kleinen Dampfer, die für große Fabriken geeignet sind, werden zum Dienst zwischen Frankreich und England verteilt werden. Die Verwendung aller Schiffe wird durch den Rat der Alliierten für Seetransporte festgelegt, der auch über die österreichischen Schiffe, die gegenwärtig bei den Alliierten Dienst tun, verfügt.

Errichtung einer Lebensmittelniederlage.

Amsterdam, 18. März. Einer Neutermelung zufolge hat Lord Curzon auf einen von dem Herausgeber des „Christian Commonwealth“ an ihn gerichteten Brief geantwortet, daß die Lebensmittelniederlage in Deutschland zweifellos in einem großen Teil des Landes errichtet sei. Es würden Vorkerkungen getroffen, um eine große Lebensmittelniederlage an einem passenden Mittelpunkt zu errichten, von wo aus die Lebensmittel, sobald die notwendige Kontrolle zur Verfügung steht, um sie zu transportieren, rasch und gut verteilt werden können. Die Blockade sei auf die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln ohne Einfluß. Sie vermindere nicht, daß die Lebensmittel, mit denen man Deutschland versorgen könne und wolle, dahin beschränkt werden. Er wisse nichts davon, daß die an Deutschland überweisene Kinderbekleidung auf dem Wege dahin aufgehalten worden sei.

Lloyd George dringend zum Bleiben in Paris aufgefordert.

Paris, 16. März. Reuters. Bei der heutigen Sitzung des Obersten Kriegsrates wurde Lloyd George ein von Präsident Wilson, Clemenceau und Orlando unterschriebener Brief übergeben, worin er dringend aufgefordert wird, seine geplante Rückkehr nach England um zwei Wochen zu verschieben, angesichts der Dringlichkeit des Problems, mit dem sich die Konferenz in den nächsten Tagen zu befassen hat, und daß die Unterzeichner des Briefes für wichtiger halten als sogar die Arbeiterentscheidungen, die in England beigelegt werden müssen. Der Bericht wird nach London gesandt werden, um dort dem Kabinett vorgelegt zu werden. Wie verlautet, wird Lloyd George seinen Befehl in dieser Frage von der Ansicht seiner Kollegen abhängig machen, ob seine Anwesenheit in England nötig sei.

Erste Unruhen in New York.

Amsterdam, 18. März. (Marne Drahtung des „Vorwärts“.) Dem „Telegraph“ zufolge haben in New York erste Unruhen stattgefunden. Die Unzufriedenheit bei den Arbeitern wächst täglich. Der Streik der Eisenbahnarbeiter wurde eingeleitet. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, die Unruhen zu unterdrücken. Der New Yorker Hafen liegt still. Die Arbeitseinstellung hat während der letzten zwei Monate um 67 Prozent zugenommen.

Keine Brokdorff-Krise.

Einige Berliner Zeitungen haben berichtet, das Reichskabinett habe sich in einer Sitzung mit der „Angelegenheit Brokdorff-Haase-Weitscheidt“ befaßt. Die Mitteilung ist nicht zutreffend, und zwar kann sie es, wie wir hören, schon deshalb nicht sein, weil für das Kabinett zu einer solchen Besprechung gar kein begründeter Anlaß vorlag.

Die Einfügung der Arbeiterräte in die Reichsverfassung.

Die Reichsregierung befaßt sich zurzeit eingehend mit der gesetzlichen Festlegung der Befugnisse der Betriebsräte und mit der Art, wie die Arbeiterräte in die Verfassung eingefügt werden sollen. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß ihr Ergebnis schon in aller nächster Zeit dem Verfassungsausschuß zugeführt werden wird.

Keine Bürger-, Studenten- usw. Wehren. Ein Täuschungsmanöver der „Freiheit“.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: „Die ‚Freiheit‘ vom 17. d. M. veröffentlicht unter der Überschrift ‚Die Bewaffnung des Bürgertums‘ ein vertrauliches Zirkular des Bürgerrats von Groß-Berlin, in dem es heißt, dieser Bürgerrat sei im Begriffe, Hand in Hand mit den Regierungstruppen eine bewaffnete Bürgerwehr einzurichten. Die ‚Freiheit‘ folgert daraus, die Regierung Scheidemann schaffe bewaffnete Bürgerwehren, während sie gleichzeitig für die möglichst reifliche Entlohnung der Arbeiter Sorge. Die Waffenabgabe ist schon von dem Rat der Volksbeauftragten angeordnet worden, als die Herren Haase, Barth und Dittmann dazu gehörten. Die jetzige Regierung hat mit allem Nachdruck abgelehnt, ihre Zustimmung zur Schaffung von Bürger-, Studenten- oder Bauernwehren zu erteilen. Auch jetzt erfolgt keine Bildung von Wehren, denen nur Angehörige einer Bevölkerungsklasse angehören. Bei der Bildung von Einwohnerwehren ist in jedem Falle bestimmt worden, daß alle Bevölkerungsklassen daran teilnehmen. Wo zum Schutze der Bevölkerung gegen Raub und Plünderung die Einwohner eines Ortes aufgerufen werden, haben die Arbeiter nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die tatsächliche Pflicht, sich zur Verfügung zu stellen.“

Hierzu ist weiter zu bemerken, daß das Zirkular des Bürgerrats aus dem Januar datiert; die ‚Freiheit‘ aber ruft durch die Art ihrer Veröffentlichung täuschend den Eindruck hervor, als ob das Zirkular aus den jüngsten Tagen stamme. Demnach sind Bürger- und Soldatenwehren nebeneinander aufgestellt worden. Später, als die Unruhen beigelegt waren, sind beide Organisationen aufgelöst worden, bezw. sie mußten sich den bestehenden militärischen Formationen eingliedern. In einigen Bezirken sind später Einwohnerwehren gegründet worden, deren Teilnehmer allernächst geführt wurden. In ihnen sind sowohl die Bürger als auch die Soldatenwehren aufgegangen. Ausdrücklich ist festgelegt, daß in diese Einwohnerwehren alle Bevölkerungskreise aufgenommen werden müssen, und es ist dabei vorausgesetzt worden, daß insbesondere die Arbeiter sich an den Wehren beteiligen. Dies ist auch in umfangreichem Maße geschehen. Als Vertrauensleute wirken die Funktionäre der Arbeiterorganisationen. Das Täuschungsmanöver der ‚Freiheit‘ ist also ein Versuch, ein unmögliches Objekt, das sich an die vielen Irreführten würdig anreißt.

Unabhängige Gemütsathleten.

Wenn die Forderungen und Bestrebungen aus Licht gezogen werden, die sich bei den letzten Unruhen auf Seiten der Aufrechter abzeichneten, so erklären die Unabhängigen schnell, mit diesem Gesindel hätten sie nichts zu tun. Wie aber reimt sich mit dieser stolzen Geste das Verhalten der unabhängigen Fraktion in der preussischen Landtagsversammlung? Als der Minister Dirsch vortrug, daß man gefangene Polizeibeamte in Lichtenberg wiederholt an die Wand gestellt hat mit der Erklärung, jetzt würden sie erschossen, und daß die Wehrkraft der Beamten infolge der Forderungen, Cuckern und Wühlhandlungen schwere Regen zusammenbrüche erlitten haben, da machten die Unabhängigen in ironisch bedauerndem Tone: Ob oh! Die Unabhängigen in der preussischen Landtagsversammlung besitzen also die Gefährlichkeit, die Leute, die Opfer der Brutalität ihrer Anhänger geworden sind,öhnlich zu verspotten! Das die Unabhängigen Vorgesetzten ihrer Landtagsfraktion auch „nichts zu tun“!

Arbeiterratswahlen in Groß-Berlin.

Am 8. April soll nunmehr endgültig der große Stützkonferenz zusammentreten und bis zum 29. März haben nach dem Wahlreglement des Zentralrates die Neuwahlen zu den Arbeiterräten stattzufinden, die die Grundzüge für die Delegiertenwahl zum Stützkonferenz bilden sollen. Eine Neuwahl kann nur dann unterbleiben, wenn die zurzeit bestehenden Arbeiter- und Bauernräte im wesentlichen im Sinne des aufgestellten Wahlreglements zusammengesetzt sind und wenn ein Einspruch gegen die Unterlassung der Neuwahl seitens der zuständigen Parteioptionen nicht erfolgt. Für diese Wahlen gilt grundsätzlich das Verhältniswahlrecht.

Auch in Berlin sind Neuwahlen der Arbeiterräte notwendig. Und zwar ist grundsätzlich zu fordern, daß diese Wahlen nicht betriebsweise, sondern nach Bezirken erfolgen.

Wir wollen heute nicht auf die üblichen Vorgänge zurückkommen, die die letzten allgemeinen Arbeiterratswahlen in Berlin überschattet haben, und wir können uns auch begnügen, lediglich an die Mängel zu erinnern, die mit den Betriebswahlen seinerzeit auftraten. Für ein Wirtschaftsgebiet von der Ausdehnung Groß-Berlins spricht ohne weiteres die Bezirkswahl.

Die betriebsweise Wahl hat zweifellos da ihre Vorzüge der Einfachheit, wo es sich um einen genau abgegrenzten Bezirk mit ausschließlich größeren Betrieben handelt. Sie muß aber da unzureichend sein, wo, wie in Berlin, eine Unsumme von kleingewerblichen und kleinindustriellen Betrieben besteht, wo es notwendig ist, aus den fremdartigsten Berufsgruppen besondere Wahlkörper zu bilden, zu denen nicht selten 50 und mehr kleinerer Betriebe gehören. Die Betriebswahlen haben den Vorzug, bei der Wahl die besonderen Berufs- und Betriebsverhältnisse mehr und mehr zu berücksichtigen. Aber auch diese Berücksichtigung kann in Berlin nur für eine gewisse Anzahl von Großbetrieben Platz greifen und die riesige Anzahl von Kleinbetrieben muß ohnmächtig darauf verzichten, sich Vertreter zu wählen, die ihren Berufseigenheiten Rechnung zu tragen vermögen. Wenn Fleischer und Schornsteinfeger und Bureauangestellte, vielleicht auch noch Barbier und Dienstmädchen zusammen einen Wahlkörper bilden müssen, und ähnliche Wahlkörper sind in Berlin vielfach zusammengewürfelt, so kann absolut nicht die Rede davon sein, daß der von ihnen gewählte Arbeiterrat ihren beruflichen Eigenheiten zu entsprechen vermag.

Dieser Grund fällt für die Verfechter der betriebsweisen Arbeiterratswahl für Berlin weg. So gut wie man bei den Betriebswahlen in Berlin eine mehr beruflich eingestellte Kandidatenliste erzeugen kann, so gut kann man das auch auf dem Wege der Bezirkswahlen. Da die Kandidatenlisten von den einzelnen politischen Parteien aufgestellt werden, ist es für diese ein leichtes, die einzelnen Berufe nach Möglichkeit dabei zu berücksichtigen.

Es gibt also in Berlin absolut keine Sondergründe, aus denen die Betriebswahlen vor den Bezirkswahlen einen Vorzug verdienen könnten. Dagegen gibt es recht gewichtige Gründe für die Bezirkswahlen. Bei den Bezirkswahlen wählen lassen sich die Kreise über das Stadtgebiet so anlegen, daß den Arbeitern erhebliche Opfer an Zeit und Kraft erspart bleiben, und daß die Wahlbeteiligung so lebhaft ist, wie jeder Mensch sie wünscht. Bei den Bezirkswahlen ist es auch ausgeschlossen, daß einzelne Wähler ein doppeltes Stimmrecht ausüben können. Ein doppeltes Stimmrecht würden aber bei Betriebswahlen diejenigen Arbeiter ausüben können, die als Landbesitzer einmal in ihrem Berliner Betriebe und dann an ihrem Wohnort, wo territoriale Wahlen sind, ein zweites Mal an der Wahl teilnehmen könnten. Damit würde der Wahlgerechtigkeit ohne Zweifel schwer geschadet werden.

Die Wahl ist die beste, die ohne Unregelmäßigkeiten und ohne Verdächtigungen gegen die Gerechtigkeit erfolgen kann. Die Wahlen sollen allgemein, gleich, direkt und geheim sein. Sie sollen insbesondere die Gleichheit des Stimmengewichtes gewährleisten. Darum ist die Form zu bevorzugen, die die Möglichkeit von doppelter Wahlrechtsausübung absolut ausschließt und bei der die Wahllokale so verteilt sind, daß niemand es als ein besonderes Opfer empfinden muß, wenn er den Weg zum Wahllokal unternimmt.

Der Haupteinwand gegen die bezirksweise Wahl wird der sein, daß der notwendige Apparat dafür nicht zur Verfügung steht, und daß man keine Mittel habe, um einen solchen Wahlapparat anzuziehen. Diese Einwände sind leicht zu entkräften.

In ganz Groß-Berlin haben unlängst die Gemeindevahlen stattgefunden. Ueberall sind die Wahlbezirke festgelegt und die Wählerlisten aufgestellt und noch vorhanden. Damit ist der Wahlapparat gegeben. Jeder Wähler, der berechtigt ist, an der Arbeiterratswahl teilzunehmen, kann in den Listen festgestellt werden. Er hat eine Legitimation mitzubringen, die seine Wahlberechtigung nach den Richtlinien des Zentralrats beweist. Daß in den Wählerlisten auch eine ganze Anzahl von Teulen steht, die mit der Arbeiterratswahl nichts zu schaffen haben, braucht kein Wunder zu sein, denn jeder muß ja seine Wahlberechtigung zu den Arbeiterratswahlen nachweisen.

Auch die Kostenfrage braucht keine Sorge zu machen. In den Richtlinien des Zentralrats wird den örtlichen Organisationen ausdrücklich empfohlen, zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen die Hilfe der Gemeindebehörden in Anspruch zu nehmen. Das kann gar nichts anderes heißen, als daß die Gemeinden alle technischen Hilfsmittel und selbst auch die Wahlvorsteher zur Verfügung zu stellen haben. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Stadt Berlin oder die Nachbargemeinden diese Hilfe verweigern werden. Und sollte es dennoch in einer kleinen Gemeinde geschehen, so würde man sicher auf die Unterstützung des preussischen Ministeriums des Innern rechnen können, um diese Hemmnisse zu überwinden.

Hier ist also der Weg für eine gerechte Wahl gezeichnet und gerecht soll die Wahl sein. Sie soll ein getreues Spiegelbild der Gesinnung der Groß-Berliner Arbeiterschaft darstellen. Kein Wahlverfahren kann das in solcher Vollkommenheit erreichen, als das der bezirkswise Wahlen. Dabei werden all die kleinen Unzulänglichkeiten und die schwere Mißstimmung, die, wie bei der früheren Wahl, unter den Arbeitern leicht entstehen könnten, vermieden werden. Insbesondere muß auch der heillos Zustand verhindert werden, daß, wie beim ersten Rätekongreß, die Wahlprüfungskommission fast während der ganzen Kongreßzeit in fieberhafter Arbeit gehalten wird und schließlich an 160 Mandate, nachdem deren Inhaber schon an einer ganzen Reihe wichtiger Abstimmungen teilgenommen haben, für ungültig erklärt werden müssen.

Durch solche Dinge wird das Ansehen des Rätekongresses eher untergraben als gefördert. Und jeder Arbeiter will doch den Rätekongreß mit dem Höchstmaß von Achtung seitens der Öffentlichkeit ausgestattet wissen.

Es bleibt also gar keine andere Möglichkeit, als die allgemeine Verhältniswahl auf der Grundlage der Bezirkswahlen.

Zu demselben Thema wird und noch geschrieben:

Im Dezember fanden die Neuwahlen zu den Arbeiterräten statt und zwar unter Umständen, die jeder Beschreibung spotten. Es gilt hier zu sagen, wie die Dinge liegen, da am 8. April der 2. Rätekongreß zusammentritt und auch hier in Berlin delegierte gewählt werden müssen. Bekanntlich schreibt der Zentralrat die Wahl in den Gemeinden vor und auf je 250 000 Wähler einen Delegierten. Nun muß in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, wenn wieder die Vollversammlung es sich herausnehmen wird, Delegierte als allein berechtigt zu wählen, daß dies kein Spiegelbild der gesamten Wähler Berlin sein kann.

Im Schneider- und Heimarbeitergewerbe wurden die Arbeiterräte — etwa gegen sechs Mandate — nicht gewählt, sondern es wurden diese Räte einfach ernannt, ohne daß auch nur ein Wähler sein Wahlrecht ausübte. Ferner hat sich im Laufe eines Vierteljahres dann so manches unter den Arbeiterräten ereignet, es ist bei einzelnen vorgekommen, daß sie drei Parteien im Laufe eines Vierteljahres angehört haben, ohne ihre Wähler, von denen sie im Dezember u. s. auf Grund der Angabe ihrer Parteizugehörigkeit gewählt worden sind, davon in Kenntnis zu setzen. Ich nehme nun an, daß manches Mitglied des Arbeiterrats gegenüber seinen Wählern erklären wird, vorausgesetzt, daß dieser es ehlich mit seiner Ueberzeugung meint: „Ich gehöre jetzt einer anderen Fraktion an und lege, da ich im Dezember noch einer

anderen Partei angehört habe, mein mir übertragenes Mandat in die Hände meiner Wähler zurück.“ Das wäre dann Ehrlichkeit, während jetzt manche Mitglieder des Arbeiterrats mit ihrer Ueberzeugung heute hier und morgen dort hinüberschauen. Mögen diese Ausfahrungen genügen, um Klarheit bis zu dem Rätekongreß zu schaffen.

„Vorwärts“, Regierung und Regierungstruppen. Falsche Auffassungen.

Die „Wost“ vertritt den Abdruck unserer gestrigen Ausführungen über die Freiwilligentruppen mit der Ueberschrift „Die Regierung gegen die Regierungstruppen“ und mit folgender Einleitung:

Kaum ist der Aufruf, der die Regierung hinwegjagen sollte, von den Regierungstruppen niedergeschlagen, kaum kann die Regierung in Berlin wieder einermöglichen Atem schöpfen, da beginnt die Hege der Unabhängigen und Spartakisten gegen die Truppen und Verbände, die Reiter und Reiter gegen wirksam zu werden. Der halbamtliche „Vorwärts“ schreibt:

Soviel Worte, soviel Unsinn. Der „Vorwärts“ ist nicht „halbamtlich“ und nicht „Regierung“, sondern einfach Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei. Als solches übt er Kritik, ohne zu fragen, ob es der Regierung angenehm ist, wobei er freilich der Meinung ist, daß einer vernünftigen Regierung Kritik nur willkommen sein kann.

Ferner macht eine Hege der Unabhängigen und Spartakisten auf uns nicht den geringsten Eindruck. Wir bezweifeln die Verdienste, die sich die Regierungstruppen als Ganze erworben haben, keinen Augenblick. Wo Ausschreitungen vorgekommen sind, suchen wir die Tatsachen festzustellen und ihren Ursachen nachzugehen, um sie zu beseitigen. Wir wünschen Regierungstruppen, die wirklich solche sind, die die Republik und die demokratische Ordnung schützen und sich keinerlei Unrecht zuschulden kommen lassen. Jeder General soll wissen, daß er heute nichts anderes sein kann und sein darf als ein Soldat der Republik. Jeder Soldat soll wissen, daß er dazu bestimmt ist, ein Verteidiger freier Willkür zu sein. Das ist das Ziel. Hindernisse, die auf dem Wege liegen, müssen beseitigt werden.

Das Fazit.

Zu den Debatten in der preussischen Landesversammlung.

Ob die Unabhängigen es mit ihrer Interpellation über den Belagerungszustand so eilig gehabt haben würden, wenn sie das Ergebnis vorausgesehen hätten? Es ist nicht gerade nach ihren Wünschen und noch weniger zu ihrem Ruhme ausgefallen.

Seit Tagen hegt die unabhängige „Freiheit“ nach einem sehr einfachen Rezept. Alles, was über Blinderungen, Grausamkeiten, Erschießungen usw. auf Seiten der Aufständischen gemeldet wird, weist sie kurzerhand als „Schwindel“ ab, jede Meldung über Grausamkeiten der Regierungstruppen wird dagegen als lautere Wahrheit verkündet, mag sie auch aus noch so trüber Quelle stammen. Der Umstand, daß die Meldung von der Ermordung der W. Lichtemberger Beamten sich als Ausgeburt einer überhitzen Phantasie erweisen hat, ermutigt jetzt die „Freiheit“, mit kurzer Bombenbewegung alles in das Reich der Fabel zu verweisen, was überhaupt an Beamten- und Soldatenermordung gemeldet worden ist.

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus haben aber nun ein durchaus anderes Bild der Vorgänge entrollt, als die „Freiheit“ sich zu malen beliebt. Gewiß sind auch unvorzeihliche Uebergriffe auf Seiten der Regierungstruppen zu verzeichnen gewesen und wir sind durchaus der ersten, die verlangen, daß diese unterucht und bestraft werden. Aber die Verhandlungen haben doch auch gezeigt, daß der Kampf auf Regierungsseite erst diese erbitterten Formen angenommen hat, nachdem die Regierungstruppen durch eine Menge Grausamkeiten und Quälereien, die an den Iren verübt wurden,

auf äußerste gereizt worden waren. Selbst auf die Unabhängigen war es von niederschmetternder Wirkung, als der Lichtemberger Abgeordnete Hallmann aus eigener Anschauung die Ermordung von sechs gefangenen Regierungssoldaten als Ungeheuer schilderte. Andere Schilderungen folgten. Die Vorgänge in Düsseldorf wurden herangezogen, wo die Unabhängigen das Schicksal auf harmlose Demonstranten, worüber sie so gern klagen, in höchstem Maße geliebt haben, mit dem Ersolge, daß aus einem Demonstrationszug der hitzigen Demokraten gleich 12 Tote und das Mehrfache an Verwundeten auf dem Plage blieben. Die unerhörten Vorfälle auf den Altesseener Gruben wurden ans Licht gezogen, wo sich rasende Aufständische nicht scheuten, 500 arbeitende Bergleute durch Verschüttung des Fördersehades in der Grube einzuschließen, denen es nur wie durch ein Wunder gelang, sich durch den Schock einer anderen Grube zu retten.

Für alle diese Vorfälle hatten die Unabhängigen kein Wort der Widerlegung. Jetzt beschränkte sich ihre Taktik darauf, ihre Mitschuld an allen diesen Vorfällen abzuleugnen. Das seien die Spartakisten gewesen, nicht die Unabhängigen! Das alte Niedermanspiel! Es ist nur wunderbar, daß bei den Berliner Aufständischen die Mitaliedkarte der U. S. V. D. als genau so vollaugewichtiger Ausweis galt, wie die kommunistische Mitaliedkarte. Bei all diesen Ereignissen haben Unabhängige und Spartakisten durchaus Hand in Hand gearbeitet, nachher wollten die Unabhängigen erzählen, sie seien gar nicht dabei gewesen.

Ein Angeklagter, der krampfhaft nach Alibiweifen frist, wird niemals den Eindruck eines politischen Soldaten und Märtyrers machen. Und mit den krampfhaften Versuchen, sich von der Verantwortung zu drücken, war denn auch die politische Selbsteinschätzung der Unabhängigen im Abgeordnetenhaus ausgefallen.

Dank vom Hause Spartakus!

Verleugnung seiner Helfershelfer.

Die meistenten Truppenteile der Volksmarinebataillon und der republikanischen Soldatenverbände, die sich von Spartakus zum bewaffneten Aufstand haben verführen lassen, ernten jetzt den Dank ihrer Verführer. In einem Flugblatt „An die Proletarier von Berlin“ unterzeichnet von der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) werden sie kaltblütig abgeschüttelt. Das Flugblatt beweist, daß Spartakus durchaus nichts mit bewaffneten Kämpfen zu tun habe:

Trotzdem ist es zu bewaffneten Kämpfen gekommen. Nicht von unserer Seite. Die Berliner Arbeiterschaft hat Disziplin gewahrt.

Die bewaffneten Kämpfe gingen aus von der Volksmarinebataillon und von Teilen der republikanischen Sicherheitswehr.

Das sind, mögen sie auch Proletarier sein, keine Kämpfer, die unserer Partei nahe stehen. Im Gegenteil: sie waren es, die im Januar sich dazu hergaben, unsren Genossen in den Rücken zu fallen und die mindestens tatenlos beiseite standen in jenen Tagen.

Aber nicht nur das, sie kämpften auch jetzt für ein anderes Ziel als wir. Wir kämpften für den Sozialismus gegen den Kapitalismus und seine Vertreter, diese kämpften für ihre militärischen Vorgesetzten gegen ihre Soldaten, mit denen sie unaufrichtig sind. Das alles und noch mehr trennt uns. Wir können also getrost sagen: zwischen uns und den Kämpfern besteht politisch keine Gemeinschaft.

Die aufständischen Rotosen und Sicherheitsmannschaften können nun selber sehen, was sie für einen Dank davon haben, daß sie sich als Kanonenfutter für Spartakus aufopferten. Spartakus verleugnet sie, wie Petrus den Herrn und beschimpft sie noch als Verräter und unzufriedene Schlingel.

Es ist übrigens sehr komisch, daß das gleiche Flugblatt, nachdem es die Schuld an den blutigen Kämpfen eben den Rotosen und Sicherheitsmannschaften in die Schuhe geschoben hat, wenige Absätze später gegen Wost die Anklage erhebt, er habe das Gewerbe planmäßig betreibt und gewollt herbeigeführt. Also offenbar ist es Wost gewesen, der die Rotosen zum Aufstand veranlaßte!

Der Prophet.

Von Ludwig Hermann Vorwärts.

Gehebt auf einem ruhigen Abhänge der Westfront warfen im Geschäftsbüro der Unterstadt die Spieler die Karten zusammen.

„Auf die Pauer kommt einem das Kartenspielen zum Hals heraus!“ brummte einer und zog sich die Decke über die Ohren. Andere folgten ihm auf die Tragstühle. Zwei Mann blieben am Behnertstisch sitzen und sahen in die verglimmende Luft der Kegelbahn.

„Wo steht der Prophet heut' abend?“

„Bei Wost!“

„Dann grüßel er wieder über das unsinnigste Zeug. Das soll! Wen er nachher kommt, erzählt er uns, was in hundert Jahren sein wird. Wir haben uns schon manchmal schief gelacht.“

„Trotzdem hat Ihr Ihr Prophet' genau?“

„Warum denn sonst! An Jidil ist er fidschischer. Dabei hat er sich das Denken angeeignet. Ich kenn' ihn ganz genau, bin mit ihm aus demselben Ort. Sollst' mal seine Prophe über ihn reden hören. Die halbe Kunstschafft hat er mit seinen Weltverbesserungen weggerauft.“

„Trotzdem, daß er seine Meinung für Geld nicht ändert; kann ich nur anerkennen.“

„Dämlich genug von ihm! — Sag doch Holz auf, die Nacht ist lang.“

Ein glitzernder, roter Schein lag über die geschwätzten Votlen; das trockne Eisenholz knisterte im Ofen. In das Schweigen der beiden hallten, durch den Erdboden gedämpft, ferne Abschnitte und bedrohliche Woldinengemurmel.

Ein kleiner Mensch — vielleicht vierzigjährig — mit verwittertem, Melchem Gesicht, schlich bedutram die Treppe zum Untergang hinunter. Als er die beiden sah, fragte er wortwurschall: „Warum schloßt Ihr nicht?“

„Wir warten auf dich, Prophet! Wilhelm will wissen, was in hundert Jahren los ist.“

Der Prophet hino Karabiner und Houbelzug fort und deutete wagnend auf die Spieler. „W! Rok schlafen, was schlafen kann. Die Welt ist des Schlafes besser als des Wadens.“

„Kommt! Sey dich zu uns; was hast du heute Abend zurechtgerichtet?“

„Was Nummer's dich! Hast es schon zwanzigmal gehört und darüber gelacht.“

„Wilhelm will's wissen. Der kennst dich noch nicht.“

„Rein, nein! Wenn du müde bist, natürlich nicht.“

Der Prophet sah Wilhelm prüfend an. Ein halbes Scherz spielte auf seinem Gesicht. „Wenn dir's komisch vorkommt, was ich sage, laß nur — ich bin's gewohnt.“

Er schien Vertrauen gefaßt zu haben und setzte sich ihm gegenüber.

„Was ich heute abend gedacht habe? Dasselbe wie immer. Was in hundert Jahren geschieht, weiß ich genau so wenig wie ihr.“

„Kann, und laßt' euch du immer, wie wenn — — Geniest dich wohl, weil ein fremdes Gesicht bei und ist?“

„Ich hab' mir bloß in meinem dummen Schadel so manches zurechtgerichtet aus dem, was früher war, und aus dem, was jetzt ist, und so manches für die Zukunft daraus gefunden.“

Der andere nickte Wilhelm zu: „Nun geh's los!“

Der Prophet schneidete mit abmehrender Hand unbehagliche Gedanken fort.

„Zu Hause habe ich eine Menge Bücher durchstudiert und gefunden, daß es mit den Menschen immer vorwärts geht, daß — —“

Der andere lachte laut auf: „Hamas! Besonders im Krieg geht's aufwärts mit den Menschen — totschlagen — betrogen —“

Der kleine Prophet wurde fast zornig.

„Doch du noch keine Krankheiten durchgemacht und bist trotzdem stark und kräftig geworden? Willst' hoffen in jedem Körper, auch in der Menschheit. Wenn sich die Krankheit mit all ihren Nachwirkungen ausspricht, geht's wieder vorwärts.“

Er sah Wilhelm fest an.

„Glaub mir, in den Menschen ist ein Zug zur Höhe, den wir gar nicht merken. All die Arbeit, die in hunderttausenden geleistet wurde, soll die nur dazu dienen sein, die Menschen von einem Tage zum andern zu bringen? Dann würden wir nie gelebt haben. Warum sind wir froh, wenn wir arbeiten, und müde, wenn wir nicht arbeiten?“

Der andere stand auf: „Von Arbeit mag ich nichts hören, ich geh' schlafen.“

Die Gedanken des Propheten arbeiteten; als der andere los sprach er leise zu Wilhelm: „Ich verstehe ihn. Er will es nicht anders. Seine Arbeit ist nicht besser als die der Sklaven früher bei den alten Mäthern. Wenn man's den Leuten doch beibringen könnte, daß sie nur ein Glied in der großen Kette sind, die — —“

Er verlor in Gedanken.

Nach einer Weile frante Wilhelm ihn: „Ueber was denkst du immer nach, wenn du allein bist?“

„Man muß sich doch klar werden, was man in der Welt beabsichtigt. Ich habe oft Gedanken, vor denen ich selbst zusammenzuckere. Aber wenn ich sie aussprechen will, sehe ich in hundert Gesichter — und dann ist alles weg. Ich sollte überhaupt nicht mehr davon sprechen. Eft genug habe ich mir's geliebt, wenn sie mich auslachten. Aber dann sagte ich mir wieder, vielleicht kannst du einmal einen Menschen, der Tatkraft besitzt, durch deine Worte zum Handeln bringen.“

„Wir geht so vieles durch den Kopf. Der Krieg — der verrückte Krieg.“

Und dabei forren die Menschen noch immer. Kriege müssen sein. Wenn sie nur einmal zurechtstehen wollten! Früher, wie die Menschen wenig waren und weit auseinander wohnten, gerieten sich

einzelne in die Haare. Dann schlossen sich Familien und Stämme zusammen und bekämpften einander. Und dann? Dann hatten wir die Kunst, hundert Kleinstädte bei uns, die sich gegenseitig umbrachten. Schließlich wurde Deutschland. Und nun schlagen die Staaten Europas aufeinander los.

Sch! Ich denn den Krieg nicht, der weiterführt? Europa muß sich zusammenschließen — und dann die ganze Welt. Können wir unsere Kraft nicht zu besseren Taten gebrauchen, als uns gegenseitig abzuschlachten? Laß so die Arbeit wäre zum Fortschreiten nur nicht, wenn nicht solche Arme der Fortschritt dienten. —

Man ist das in alle Welt rufen könnte. Aber ich bin kein Kämpfer. Ich kann nur hoffen, daß ein anderer meine Gedanken einmal wahr macht.“

Der Prophet hob errötet auf und wies mit aufgedrehter Hand zum Untergang hinaus in die Ferne, ins leuchtende Dunkel der Kegelbahn.

„Und doch! Etwas möchte ich mich trotzdem in Herrscherpose aufstellen und hinausreden: Ich kenne keine Nationen mehr, ich kenne nur noch Menschen.“

Einige Sekunden stand er erregt; dann sank er in sich zusammen, als wenn er sich keiner ernstlichen Bedürfe schämte, und sagte leise: „Ich geh' schlafen, bin müde.“

Notizen.

— Kunstausstellungen. Die Gedächtnisausstellung von Hugo Krahn in der Berliner Sezession bleibt nur noch eine Woche geöffnet.

— Theater. Im Deutschen Theater wird die Aufführung von Georg Büchners „Woyzeck“ vorbereitet. Werner Krauß wird die Titelrolle haben. — Das Deutsche Opernhaus bereitet drei Aufführungen vor: „Herbststurm“, von Aron Neumann, „Die Liebe dreier Könige“, von Montemali und die Oper „Magdalena“, von dem Münchener Komponisten Arth. Roenneke. Die beiden zuerst genannten Werke werden noch in dieser Saison in Szene gehen.

— Vorträge. Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, spricht am 10. März, abends 8 Uhr, Prof. Dr. Krebs über „Die Bedeutung der geographischen Karte“. Einzelkarten unentgeltlich.

— Musik. Das II. Violinensemble, veranstaltet von Professor Otto Feder am 20. März, abends 7½ Uhr, in der Alten Konzertsäle bringt Orchesterkompositionen von Paul Brahms, Peter Kerner, Krieger und Pi. der von Grabm. Schubert und Wolf und Violinell von Schumann und Foch.

— Revolution und Begeisterung. In den heute morgen abgedruckten Gedanken von Laßalle ist der vorletzte Absatz durch einen Deutscher geändert. Er lautet richtig: „Die wahren Revolutionen, die gescheitert sind, sind — jeder wahrhafte Geschichtskenner wird dies zugeben müssen — an dieser Klugheit gescheitert, oder mindestens sind alle gescheitert, die sich auf diese Klugheit gelegt haben.“

